

Die Jahre 1987 bis 1998

Es ist nur ein kleiner Zeitraum in der 150-jährigen Geschichte des Hessischen Philologenverbandes, auf den ich zurückblicken möchte, auf die Jahre 1987 bis 1998. Es ist aber ein Zeitabschnitt mit Entscheidungen, die bis heute fortwirken. Auch wird deutlich, dass Probleme und Fragestellungen, die vor 20 bis 25 Jahren aktuell waren, nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben. Nur wenige markante Ereignisse will ich hervorheben.

1987 wurde erstmals seit 1946 eine von der SPD geführte Landesregierung durch eine von Walter Wallmann geführte CDU/FDP-Regierung abgelöst. Vorhergehende heftige Kämpfe gegen eine Zwangsförderstufe, die Unterschriftensammlung einer Bürgeraktion »Freie Schulwahl«, die fast 200 000 Unterschriften sammelte, und Auseinandersetzungen um Lehrpläne hatten mit zur Ablösung der SPD-geführten Landesregierung geführt.

Auf dem Vertretertag 1987 in Offenbach verkündigte der neue Kultusminister Christean Wagner dann auch, dass es nun um die Stärkung des gegliederten Schulwesens in allen seinen Teilen gehe. Er betonte, dass die Pädagogik, das Wohl des Kindes und der Elternwille zu ihrem Recht kommen sollten und »Ich will nicht in die Landesgeschichte eingehen als einer, der das Etikett Gymnasium gerettet hat um den Preis, dass sich hinter dem Türschild der Betrieb einer undifferenzierten Gesamtschule abspielt.«

Am Ende dieser Legislaturperioden konnte der Verband 1991 Positives bilanzieren. Die Zerschlagung des Gymnasiums durch Stufenschulen oder durch Abtrennung der Klassen 5 und 6 durch Förderstufen wurde abgewendet. Ebenso konnten wir im Rechenschaftsbericht 1991 konstatieren, dass die von vielen als Anschlag auf das Gymnasium angesehene Kürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre auf absehbare Zeit nicht kommen werde. Wir ahnten nicht, wie bald dieses Thema

wieder aktuell wurde. Optimistisch stellten wir fest, dass das Gymnasium sicherer geworden ist.

Gingen wir also in der bildungspolitischen Bilanz von einer positiven Entwicklung aus, so fielen die gewerkschaftspolitischen Erfolge bescheiden aus. Zwar hatte es nach 22 Jahren erstmals wieder eine Pflichtstundenreduzierung gegeben, in Bezug auf Anrechnungsstunden, Altersentlastung, Entlastung für Oberstufentätigkeit sowie auf eine Reduzierung der Klassen- und Kursgrößen gab es aber keine Fortschritte. 500 Lehrerstellen, die ursprünglich von der Landesregierung hierfür zugesagt waren, wurden gegen heftigen Protest des Verbandes zur Unterrichtsabdeckung umgewidmet. Die FAZ zitierte am 16. Juni 1990 den HPhV-Vorsitzenden, dass die Stimmung selbst unter wohlmeinenden, konservativ denkenden Kollegen frustig und frostig sei.

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen blieb ein Themenfeld, das den Hessischen Philologenverband bis heute beschäftigt.

Ein weit über die bildungspolitischen Fragen hinausreichendes Ereignis bewegte nicht nur jeden Einzelnen von uns, sondern forderte auch die Verbandsarbeit heraus. 1989 fiel die Berliner Mauer und 1990 erfolgte der Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Der HPhV und insbesondere die Bezirke Kassel und Fulda unterstützten Kolleginnen und Kollegen in Thüringen und halfen auch beim Aufbau eines Thüringischen Philologenverbandes.

1991 wurde Hartmut Holzapfel Kultusminister im rot-grünen Kabinett Eichel. Die neue Landesregierung brachte ein neues Schulgesetz auf den Weg. Begrüßt wurde vom Philologenverband zwar, dass das bisher auf viele Rechtsquellen verteilte Schulrecht in einem einzigen Gesetz zusammengefasst werden sollte, auch die Abkehr von der Vorstellung von Schule als besonderes Gewaltverhältnis fand Zustimmung.

Die sich im Schulgesetz niederschlagenden Vereinbarungen der rot-grünen Koalition zur Einführung der Schulkonferenz, zur Abschaffung des Eignungsgrundsatzes beim Übergang von der Grundschule zur Realschule oder zum Gymnasium und die Einführung einer Einheitsstudentenafel trafen aber auf heftige Ablehnung des HPhV. Diese Themen und der immer deutlicher werdende Unterrichtsausfall vergifteten in hohem Maße das Verhältnis von Verband und Kultusministerium. Die wohl weniger als Entlastung von Schülerinnen und Schülern und der Familien gedachte Abschaffung des Samstagsunterrichts ab dem Schuljahr 1992/1993 und die Kürzungen in der Studententafel konnten trotzdem den hohen Unterrichtsausfall, 1994/1995 schon ein Fehlen des geschuldeten Unterrichts im Umfang von mehr als 50 000 Stunden pro Woche, nicht kaschieren.

1995 wurde die Pflichtstundenzahl für Gymnasiallehrer auf 25 heraufgesetzt. Im Rückblick legten sich in der Zeit von 1991 bis 1998 der steigende Unterrichtsausfall, die Erhöhung der Pflichtstundenzahl und weiter zunehmende Belastungen für die Lehrerschaft sowie die überproportional Absenkung der Ausgaben für Bildung wie Mehltau auf die bildungspolitische Stimmung. Das gipfelte in den bis dahin unvorstellbaren Protest aller Lehrerverbände einschließlich der GEW 1997 mit einer Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg und einer Großdemonstration – gemeinsam getragen von allen Lehrerorganisationen plus Landeselternbeirat und Landeschülervertretung – vor und um den Hessischen Landtag in Wiesbaden.

Verbandsintern hatte sich der HPhV in dieser Zeit professioneller aufgestellt. 1991 wurde die Stelle eines hauptamtlichen Juristen geschaffen. Die Einstellung von Stephan F. Dietz als Justiziar und Geschäftsführer verbesserte das Beratungsangebot für Mitglieder entscheidend. Mit dem Kauf der Geschäftsstelle in der Schlichterstraße in Wiesbaden 1993 entstand ein Dienstleistungs- und Kommunikationszentrum, das den Verband auch in der Öffentlichkeit sichtbar macht.

Der Berichtszeitraum endet mit dem Vertretertag 1998 in Kassel, auf dem wir auch 125 Jahre HPhV mit einem Festvortrag des Historikers Prof. Michael Stürmer feierten. Als Randnotiz sei vermerkt, das Kultusminister Holzzapfel die Festveranstaltung empor verließ, weil sich der Redner kritisch mit der Rolle des ehemaligen

Kultusministers von Friedeburg auseinandersetzte.

Auf dem Vertretertag 1998 wurde Dr. Knut Dittmann zum neuen Vorsitzenden gewählt, der dann über viele Jahre die Geschicke des HPhV und des Gymnasiums vertrat.

Martin Günther, Vorsitzender des Hessischen Philologenverbandes von 1987 bis 1998

Impressionen zur Gründung



>> Vier Tage nach der Gründung des Vereins berichtete die 'Hessische Morgenzeitung' ausführlich über die näheren Umstände. Dabei wurden auch die Resolution und Anträge der Versammlung nicht außer Acht gelassen.

>> Obwohl fast 100 Jahre alt ist das kleine Buch von C. H. Müller, erschienen 1924 in Kassel, heute immer noch die wichtigste Quelle über die Anfangsjahre des 'Philologen-Vereins'.

